

Kohlendioxidzertifikate: Lügen und Fälschungen

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)
NAEB 2417 am 22. August 2024

Die unsinnigen CO₂-Zertifikate, die keine physikalische Grundlage haben, verteuern die Energie massiv und locken immer mehr Profiteure an, die Zertifikate mit falschen Angaben erzeugen.

CO₂-Emissionen aus Kohle, Erdgas und Erdöl sollen nach Meinung grüner Politiker fast aller Parteien Ursache für eine gefährliche Aufheizung der Erde sein. Doch dafür gibt es keinen Beweis. Trotzdem soll die Verwendung von Kohlenwasserstoffbrennstoffen in den nächsten zwei Jahrzehnten beendet werden. Um dies zu erreichen, werden Jahr für Jahr die erlaubten Emissionen reduziert. Wer mehr ausstößt, muss Zertifikate von Firmen kaufen, die ihre erlaubten Emissionen ungenutzt lassen. Es gibt auch Zertifikate für Umweltprojekte, die CO₂ absorbieren oder Emissionen verhindern. Dazu gehören Aufforstungen, Verhindern von Waldrodungen, Bewässerung von Wüstengebieten, Vernässung von Mooren und ähnliche Projekte. Viele Projekte in der ganzen Welt werden von deutschen Ministerien finanziert, in der Regel ohne Abstimmung untereinander und ohne Erfolgskontrolle. Das hat der Bundesrechnungshof mehrfach beanstandet.



CO₂-Zertifikate haben ebenso wenig Zusammenhang zum Wetter wie das Foto einer nackten Frau zur Stromversorgung [1]

Die Verbrennung von 1 Tonne Kohle führt zu rund 3,5 Tonnen CO₂-Emissionen. Bei einem CO₂-Preis von 80 Euro/Tonne wird Importkohle von 100 auf 380 Euro/Tonne verteuert. Pro Tonne Erdöl und Erdgas werden um 3 Tonnen CO₂ emittiert.

E-Autos und Wärmepumpen sind keineswegs emissionsfrei

Elektroautos und Wärmepumpen werden vom Gesetzgeber als CO₂-emissionsfrei eingestuft. Das ist eine Lüge. Es werden weder die Kohlenwasserstoffbrennstoffe zum Bau der Anlagen noch der hohe Anteil an Kohlestrom im Netz als Emissionsquellen angesehen. So können Besitzer von E-Autos jedes Jahr Zertifikate für ihr „emissionsfreies“ Fahrzeug im Wert von einigen hundert Euro beantragen. Agenturen stehen für die Abwicklung bereit, die auch die Zertifikate vermarkten. Es ist ein Aufwand, der die staatliche Verwaltung aufbläht und sinnlose Arbeit vergütet. Durch die Produktion von E-Autos kann der CO₂-Flottenausstoß eines Herstellers deutlich reduziert und so Strafzahlungen verhindert werden. Das ist der Grund, warum alle großen Produzenten E-Autos bauen, die trotz finanzieller Zuschüsse immer häufiger auf Halden landen.

Keine Strafzahlungen hat der E-Auto Produzent Tesla zu befürchten. Im Gegenteil: Tesla verkauft seine CO₂-Guthaben an US-Autohersteller, die so ihren Flottendurchschnitt senken. Ohne die Gewinne aus den Verkäufen der CO₂-Guthaben würde Tesla rote Zahlen schreiben.

Undurchsichtige CO₂-Zertifikate aus Umweltschutzprojekten

Undurchsichtig werden CO₂-Zertifikate von Umweltschutzprojekten, die Waldrodungen verhindern und Aufforstungen fördern sollen, um CO₂ zu binden. Der Entzug von CO₂ aus der Luft durch diese Projekte kann nur geschätzt werden. Die Projektleiter werden wohl immer zu hohe Schätzungen abgeben. Besonders gut und sicher laufen zu hohe Schätzungen, wenn die Projektdurchführung, die Zertifizierung und die Vermarktung der CO₂-Absorptionen bei der gleichen Gesellschaft liegen. Dies ist häufig der Fall. Dann wird auch schon mal die erfolgreiche Fertigstellung eines Projektes gemeldet, das nie angefangen wurde. Solche Meldungen gab es kürzlich in den Medien über Projekte, die das Bundesumweltministerium subventioniert hatte.

Die Zertifikate werden unter anderem von der Ölindustrie gebraucht, die dem Kraftstoff einen gesetzlich vorgeschriebenen Anteil an Biotreibstoff zumischen müssen. Der ist jedoch auf dem Markt nur noch in unzureichender Menge verfügbar. Als Ausgleich müssen sie CO₂-Zertifikate einsetzen. Auch viele Firmen kaufen zum Ausgleich ihrer CO₂-Emissionen Zertifikate, um dann mit „grünen“ Produkten zu werben. Dies jedoch hat ein deutsches Gericht als Falschdarstellung kürzlich untersagt.

Es zeigt sich immer deutlicher, dass die ideologische Vorstellung, CO₂ aus Kohle, Erdöl und Erdgas führe zu einer kritischen Erwärmung der Erde, Raum für Lügen und Fälschungen lässt. Die Energie- und Klimapolitik lockt immer mehr Profiteure an, die mit geringerem Aufwand mehr Millionen von den Energieverbrauchern kassieren.

Die deutsche Energiewende ist ohne Wirkung auf die weltweiten CO₂-Emissionen

Es wird Zeit, diese unsoziale Politik zu beenden, die physikalische Gesetze und viele schädliche Folgen missachtet. Sie ist eine massive Umverteilung von unten nach oben und hat die Energiekosten weit über das Weltmarktniveau getrieben. Die deutsche Industrie ist dadurch wettbewerbsunfähig, muss aufgeben oder abwandern. Doch das mindert keine CO₂-Emissionen. Denn Stahl, Aluminium und viele andere Güter werden jetzt aus Ländern gekauft, die vorwiegend für ihre Produktion Kohlenwasserstoffbrennstoffe einsetzen. Die CO₂-Emissionen werden durch die deutsche Energiewende zur Weltklimarettung keineswegs gemindert, sondern in andere Länder verschoben und sogar erhöht. Viele ausländische Anlagen arbeiten mit geringeren Wirkungsgraden, also mit mehr Energieeinsatz als die deutschen Betriebe. Ein Beispiel sind die modernen deutschen Kraftwerke. Sie haben einen um 10 bis 15 Prozent höheren Wirkungsgrad als die meisten Kraftwerke in der Welt. Das heißt, mit der gleichen Brennstoffmenge erzeugen sie 10 bis 15 Prozent mehr Strom. Pro Kilowattstunde wird also 10 bis 15 Prozent weniger CO₂ emittiert. Das ist wirkungsvolle deutsche Industrie, die aufgegeben werden soll.

Wir brauchen Minister mit Sachverstand

Die einflussreichen Profiteure der Energiewende werden mit allen Mitteln die Energiewende verteidigen. Sie haben dafür viele hundert Millionen Euro zur Verfügung, die zu einem erheblichen Teil aus US-amerikanischen Stiftungen stammen. Sie sind vielfach mit der Bundesregierung und fast allen Parteien vernetzt. Sie haben großen Einfluss auf die Medien, die einseitige und zum Teil falsche Darstellungen über die Energieversorgung verbreiten. Die Bundesregierung braucht Minister, die Sachkenntnis auf ihren Gebieten haben oder zumindest echte Fachleute statt Ideologen für eine Entscheidung heranziehen und deren Ratschläge befolgen. Wird das bei den kommenden Wahlen gelingen?

Die Forderungen des Stromverbraucherschutzes NAEB

1. Klimawandel hinnehmen: EE-Strom aus Sonne, Wind und Biogas samt EEG beenden
2. Nord-Stream reparieren, weiterhin Erdgas statt Wasserstoff (H₂) nutzen
3. Weiterhin Kohlestrom nutzen, Kraftwerke reaktivieren, keine CO₂-Langzeitspeicherung
4. CO₂-Abgabe beenden, Klimaschutzgesetz aussetzen, Klimafonds und Transformationsfonds auflösen
5. kein Heizungsverbot, kein Wärmepumpenzwang, Wärmeschutzverordnung von 1995
6. E-Autos und Bio-Fuels stoppen

Diese sechs Aktionen gegen Ampel und CDU/CSU per AfD durchsetzen

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel

Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: StockKosh-abstract-1

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Heinrich Duepmann
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
info at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Georg-Büchner-Weg 3
33335 Gütersloh
Fon 0171 336 4683
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

